

Bezugspreis:
Vierteljährlich
für Bad Gms 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Postgebühren)
3 M. 27 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Bad Gms.

Gmsr Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Zahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Ämtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen:

Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 25 Pf.
Reklamezeile 75 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Gms, Adlerstr. 96.

Telefon Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Paul Lange, Bad Gms

Nr. 63

Bad Gms, Freitag den 21. März 1919.

71. Jahrgang.

Der Vorfriedensvertrag von der Alliiertenkonferenz endgültig angenommen.

Rotterdam, 19. März. Daily Mail meldet aus Paris: In der Sitzung der Alliiertenkonferenz ist der Vorfriedensvertrag endgültig angenommen. Eine offizielle Einladung nach Deutschland ist seit vier Tagen unterwegs. Der Vertrag wird noch zwei Nachträge enthalten, welche die Regelung finanzieller und territorialer Einzelfragen betreffen.

Wiederaufnahme von Transporten.

Genf, 19. März. Echo de Paris meldet aus London: Die englischen Schiffsfahrtslinien zeigen die Wiederaufnahme von Transporten nach deutschen Häfen für den 1. Mai an.

Sofort lieferbar.

Einer Neutermeldung aus Paris zufolge sind im Hinblick auf die Lieferung der ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland von verschiedenen alliierten Regierungen als sofort lieferbar angegeben: von der britischen Regierung 30 000 To. Speck, 10 000 To. kondensierte Milch, 20 000 To. Pflanzenöl, 20 000 To. Margarine, 20 000 To. Bratenfett, 35 000 To. Reis, 50 000 To. Bohnen, 15 000 To. Hafermehl, 10 000 To. Gerst- und Roggenmehl; von der französischen Regierung: Kaffee, Manioka-Mehl, 50 000 To. Palmkerne, die schätzungsweise 15 000 To. Palmöl enthalten; von den Vorräten der amerikanischen Vorratsgesellschaft in Europa: 40 000 To. Weizenmehl, 20 000 To. andere Mehlsorten, 30 000 To. Bohnen.

Dem Neutermeldung des Courant zufolge wird die erste Sendung Lebensmittel nach Deutschland von 30 000 Tonnen innerhalb 20 Tagen geliefert und von Rotterdam aus verschifft werden. Damit wird die gleiche gleichzeitige Meldung eines englischen Blattes bestätigt.

Wirkung der ersten Sendung.

Ueber die Wirkungen, die das zwischen Deutschland und den Entente abgeschlossene Lebensmittelabkommen auf die Versorgung Deutschlands in der nächsten Zukunft ausüben wird, werden von Politisch-Parlamentarischen Nachrichten von unabhängiger Stelle folgende Angaben gemacht: Die erste garantierte Getreidesendung setzt das Nahrungsnotwendigkeits zu Mehrleistungen in den Stand. Die Brotbacken wird, selbst wenn die 270 000 Tonnen Getreide in Deutschland anlangen, die gleiche bleiben wie bisher, da diese Sendung nur dazu dienen kann, die Weiterlieferung der bisherigen Brotbacken sicherzustellen; denn ohne diese garantierte Getreidesendung hätte unsere Brotbacken schon in nächster Zeit heruntergefallen werden müssen. Ob später die Nation erhöht werden kann, das davon abhängen, wie sich die weitere Einfuhr entwickeln wird.

Nahrung nur für Arbeit willige.

Der Herald meldet aus New York: Nach Rotterdam und Kopenhagen sind bereits 230 000 Tonnen Lebensmittel unterwegs, die zur Versorgung der Mittelklasse dienen sollen. Die Alliierten werden Kontrollen in Deutschland einrichten, die eine Ausgabe von Lebensmitteln an Streikende und Arbeitsunwillige verhindern sollen. Weder Lohn noch politische Forderungen dürfen während der Versorgung durch die Alliierten mehr möglich sein, was zweifellos die inneren Verhältnisse Deutschlands politisch festigen werde.

Die Verwendung der deutschen Handelsflotte.

Paris, 19. März. Das. In einer halbamtlichen Note ist die Verwendung der deutschen Handelsflotte festgelegt worden. Es handelt sich nicht um die Verteilung der Flotte, sondern um die Verantwortlichkeit für die Verteilung der Schiffe, bis durch den Friedensvertrag die endgültige Bestimmung der Schiffe geregelt wird. Der wesentliche Charakter der Mission jeder der alliierten Regierungen wird durch die internationale Flagge bezeugt, unter der alle Schiffe fahren. Frankreich übernimmt die Verantwortung für den Betrieb von 600 000 Tonnen Frachtdampfer und 75 bis 100 000 Tonnen Ueberseesdampfer; der Rest wird von England und den Vereinigten Staaten in Betrieb genommen und der Beförderung der amerikanischen und australischen Truppen dienen.

Die Seefischerei

Berlin, 19. März. Bekanntlich ist durch die letzten Verhandlungen mit der Entente auch eine Erweiterung der deutschen Seefischerei erreicht worden. Es sind daraufhin in den letzten Tagen zwischen den beteiligten Stellen Beratungen über die Art und Weise gepflogen worden, in der man die hier gegebenen Möglichkeiten am besten auszunutzen wolle. Wie die P. P. R. hören, hat in diesen Ver-

handlungen die Freimachung von Fischereifahrzeugen die größte Rolle gespielt. Augenblicklich wird verhandelt wegen der Ueberleitung der verfügbaren Marinedampfer zu Fischereizwecken.

Die preussische Landesversammlung.

Berlin, 19. März

Am Ministertisch: Ministerpräsident Hirsch, Goenrich, Dr. Südekum, Reinhardt, Ernst und Fischel.
Der Antrag Adolf Hoffmann auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird in einfacher der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission, bestehend aus Mitgliedern der Landesversammlung und des Reichstages, wird in namentlicher Abstimmung mit 342 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Stürmische Debatte, Deutsches und Handelskassen erfolgt, als Adolf Hoffmann, in seine Akten vertieft, seiner Gewohnheit nach mit einem energischen „Nein“ gegen seinen eigenen Antrag stimmt.

Der Antrag der Mehrheitssocialisten auf Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern, die gemäß Artikel 82 der alten Verfassung die Ursachen über die Unruhen und den Verlauf derselben feststellen und zu diesem Zweck das Recht der Einsicht in die gerichtlichen Akten haben soll, wird einstimmig angenommen und zwar gemäß dem Antrag Kronowitz unter Ausdehnung der Befestellungen auch auf die Unruhen in anderen Teilen Preußens während des Jahres.

Der Antrag Dr. v. Kriß (Deutsch-Nat.) erucht die Regierung, dahin zu wirken, daß die polnischen verhafteten Mitglieder der Landesversammlung freigelassen werden. Die Regierung solle für die Freilassung der verhafteten Mitglieder der Landesversammlung sorgen.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung hat alles versucht, um die von den Polen zurückgehaltenen Abgeordneten zu befreien. Leider erfolglos. (Hört, hört!) Unantworbene Anfragen an die Polen sind unbeantwortet geblieben. Auf unser Ersuchen bei der interalliierten Kommission, auf sofortige Freigabe der Abgeordneten hinzuwirken, ist ein Antwort noch nicht eingegangen. Wir werden natürlich unsere Bemühungen fortsetzen.

Abg. Kronowitz (Dem.) legt der Regierung nahe, die Verhandlungen mit den Polen abzubrechen, wenn sie keine Antwort bekommt. Diese Forderung können wir uns nicht gefallen lassen. (Sehr richtig!)

Abg. Lichtenstein (N. S.): Auch wir verwerfen die widerrechtliche Zurückhaltung der Abgeordneten. Man muß sich aber doch fragen, wie kommt es denn, daß die Polen sich solche Uebergriffe erlauben? (Lachen rechts) Es kommt daher, daß von der preussischen Regierung gegen führende polnische Persönlichkeiten früher ganz gleichartige Mittel angewandt worden sind.

Abg. Kriß (B. Z.) erklärt sich für den Antrag.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Es folgt die zweite Beratung des vorläufigen Verfassungsentwurfes.

Berichterstatter Dr. Heilbrunn (Dem.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die vorgeschlagenen Änderungen lassen die Grundlagen des Entwurfes unberührt. Insbesondere bleiben der Verzicht auf einen eigenen Staatspräsidenten und die Verlegung der Regierung durch den Präsidenten der Verfassungsbenden Landesversammlung bestehen.

Abg. Heilmann (Zog.) wendet sich gegen einen Antrag der Unabhängigen, wonach die Gesetzgebung durch die Landesversammlung in Uebereinstimmung mit der Zentralstelle der Arbeiter- und Soldatenräte erfolgen. Das Rätesystem verdrängt nach Kautsky nur den Bruderkampf unter den Arbeitern.

Abg. Dr. Kähler (Deutschnat.) befürwortet den Antrag der Nationen, in der Fassung „Republik Preußen“ das Wort „Republik“ zu streichen.

Abg. Am Jahnhoff (B. Z.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag der Unabhängigen, ebenso gegen einen Antrag auf Streichung des Wortes „Republik“. Man solle unnötige Fremdwörter vermeiden.

Abg. Friedberg (Dem.): Es ist sehr erfreulich, daß der Ausschuss eine Fassung angenommen hat, wonach die gesetzgebende und vollziehende Gewalt ausschließlich dieser Landesversammlung zugehört. Das Rätesystem ist eine reaktionäre Einrichtung, die wir ablehnen. Die Unabhängigen wollen nicht Recht und Gerechtigkeit, sondern daß die brutale Gewalt über der Versammlung stehen soll. Wenn man sagt, daß Preußen Republik sei, so genügt das vollkommen. Der Antrag der Unabhängigen, die hohenzollernischen noch ausdrücklich als abgelehnt zu erklären, hat nur agitatorischen Zweck. Die ebenfalls von ihnen beantragte Einziehung der Kammerglieder des Hauses Hohenzollern lehnen wir entschieden ab. Die Herren sind doch früher selbst gegen alle Ausnahmen gewesen.

Abg. Dr. Leidig (Deutsche Volksp.): Wir müssen das Volk aus dem revolutionären Chaos wieder herausführen. Das Rätesystem ist mit einem demokratischen Staatsaufbau unvereinbar. Die Bestimmung des § 4, daß die Regierung die Verteilung der Geschäfte unter ihre Mitglieder

selbständig zu regeln habe, beantragen wir zu streichen. Wir wollen nicht, daß sich irgendwelche absolute Reizungen geltend machen. Veränderungen in den Ressortverhältnissen sollen daher von der Zustimmung der Landesversammlung abhängig sein. Das No.veränderungsrecht können wir der Regierung allerhöchstens im Rahmen der Ausschüsse zubilligen.

§ 1 wird unverändert nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso § 2.

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 3 Uhr vertagt, außerdem Diätenvorlage und Anträge.

Die Waffenstillstandskommission.

WZ. Berlin, 19. März. Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission vom 17. März. Ein Transport von 344 deutschen Schwerverwundeten ist, wie die britische Kommission mitteilte, am 15. März von Rouen nach Köln abgegangen. Ein weiterer Transport mit 360 Schwerverwundeten soll am 17. März folgen. — Die französische Kommission hatte vor kurzem unter Angabe verschiedener Gründe die deutsche Regierung gebeten, einer Vereinigung der Brückenköpfe Koblenz und Mainz zuzustimmen. Die deutsche Regierung ließ heute antworten, daß sie sich nach sorgfältiger Prüfung der Frage mit der Belegung des neutralen Gebietes zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Mainz nicht einverstanden erklären könne.

WZ. Paris, 19. März. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der endgültigen Festlegung des Textes der Bedingungen, die Deutschland hinsichtlich des militärischen, flotten- und des Flugwesens auferlegt werden sollen. Der von dem Reaktionsausschuß der Alliierten verfaßte Text wurde angenommen. Bekanntlich ist darin die Abrüstung Deutschlands vorgesehn, nach der es seine militärische Organisation auf allen Gebieten zwei Monate nach der Unterzeichnung der ihm auferlegten Bedingungen anzupassen hat. Die Zahl von 100 000 Mann für ein ständiges Heer wird beibehalten, desgleichen das System der freiwilligen Rekrutierung auf 12 Jahre, die Abschaffung der Rüstungs- und Kriegsbetriebe, der Kriegsflotte und des Militärflugwesens.

Die besetzten Gebiete.

— Reichsentschädigung für die Gemeinden des besetzten Gebietes. Die Abgg. Dr. Heß und Genossen (B. Z.) haben in der Verfassungskommission preussischen Landesversammlung folgenden Antrag eingebracht: Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß — entsprechend dem von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetz — für die den Gemeinden und Einzelbewohnern des besetzten Gebietes aus der Besetzung entstandenen Unkosten sofort Entschädigungsmassnahmen aus Mitteln der Reichskasse und daß an die in Betracht kommenden Gemeinden unverzüglich angemessene Vorschüsse gezahlt werden. In den zum Reichsgebiet zu erlassenden Ausführungsbestimmungen ist vorzusehen, daß die zur Feststellung der erforderlichen Entschädigungen einzusetzenden Kommissionen aus vorläufigen Persönlichkeiten unter dem Vorsitz eines Bevollmächtigten des Deutschen Reiches gebildet werden.

— Die Versorgung des linksrheinischen Gebietes. In den Brüsseler Vereinbarungen über das Lebensmittelabkommen ist noch nachzutragen, daß die Versorgung des linksrheinischen Gebietes annähernd die gleichen Verhältnisse umfassen soll wie im übrigen Deutschland. Die endgültige Entscheidung über die Verteilung zwischen den besetzten und unbefetzten Gebieten soll bei den alliierten Regierungen liegen. Die militärischen Stellen der Alliierten werden die Lebensmittel an die bürgerlichen Zivilbehörden des besetzten Gebietes weiter leiten.

WZ. Berlin, 19. März. Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes ist der Geschäftsführer des Warenhauses Tietz in Breslau vom belgischen Kriegsgericht zu sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 5000 Francs verurteilt worden, weil in der Spielwarenabteilung des Warenhauses Spielzeug vorgefunden wurden, die Kämpfe zwischen den belgischen Soldaten und den Belgiern darstellten, wobei die Feinde nicht besonders gut abgemalt. Der Geschäftsführer ist erst aus der Haft entlassen worden, nachdem die Firma Tietz 100 000 Mark Sicherheit gestellt hatte.

Einwohnerwehr in Preußen

WZ. Berlin, 19. März. Nach der B. Z. Zeitung soll auf Befehl der Regierung zum Schutz des Eigentums in Berlin und den Vororten eine Einwohnerwehr aufgestellt werden, mit deren Aufstellung die Garde-Kavallerie-Schützenbrigade beauftragt wurde.

Deutschland.

— Die Eisenbahnverhandlungen zwischen dem Reich und Preußen. An den Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen wegen Übernahme des gesamten Eisenbahnwesens durch das Reich hat außer den Reichsministern Erzberger, Landberg und Bredow und den preussischen Ministern Hoff, Südekum und Fischel auch der Reichsfinanzminister Dr. Schiffer teilgenommen. Es ist kaum wahrscheinlich, daß mit einem unmittelbar bevorstehenden Abschluß der Verhandlungen zu rechnen ist, da die Staatsbahnlinien, besonders in Preußen, das finanzielle Rückgrat der gliederstaatlichen

Haushalte bilden und im Falle der erwünschten Übernahme durch das Reich erst vollkommenen Sicherheit geschaffen werden müssen. Bei der nach Hunderttausenden zählenden Beamten- und Arbeitererschaft der preussisch-hessischen Eisenbahnen muß die Frage der Übernahme auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten abgewogen werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, falls eine sofortige Lösung der Frage nicht gefunden werden kann, in die Reichsverfassung eine Frist aufgenommen wird, bis zu deren Ablauf die Vereinheitlichung vollzogen werden soll. Da Preußen-Beisen in der Vertretung seiner Interessen mit den anderen deutschen Gliedstaaten Hand in Hand zu gehen wünscht, findet, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, ein Konferenz der Vertreter der deutschen Gliedstaaten, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, der beiden Mecklenburg und Oldenburg statt, in der die Fragen beraten werden.

Stimmenertrag der Wahlen. In den letzten Tagen haben in Magdeburg, Hamburg, Halle und Kiel Wahlen stattgefunden, deren Ergebnis insofern sehr befriedigend ist, als in allen Fällen die radikalen Richtungen — Unabhängige und Kommunisten — die weitaus geringste Stimmenzahl erhalten haben. Bei den Arbeiterratswahlen in Magdeburg blieben die Unabhängigen mit 26, die Kommunisten mit 12 Sitzen weit zurück hinter der vereinigten bürgerlichen Liste, die 77 Mandate errungen hat, und hinter den Mehrheitssozialisten, die 135 Sitze errangen. In Hamburg brachten es die Unabhängigen nur auf 13 Sitze in der Bürgerschaft, denen 80 mehrheitssozialistische und 67 bürgerliche gegenüberstehen. In Halle machte die Wahl des Arbeiterrats der Kleinrentner der Unabhängigen ein Ende, die bisher fast sämtliche Sitze inne hatten. Sie erhielten 37 Mandate, die Bürgerlichen 36 und die Mehrheitssozialisten 12. Bei der am Sonntag abgehaltenen Wahl zum Arbeiterrat Groß-Kiel fielen auf die bürgerlichen Gruppen 11, auf die Mehrheitssozialisten 15 und auf die Unabhängigen 4 Sitze. Stellt man damit zusammen, daß die Landtagswahlen in Thüringen ebenfalls für die Unabhängigen ein klägliches Fiasko bedeuteten — sie errangen in Sachsen-Weimar von 42 ganze 4, in Sachsen-Meinungen von 24 nur 2 Sitze —, so wird man das neuerliche Triumphgeschrei ihrer Presse über den angeblichen Massendrang nach links recht kritisch anhören müssen.

Die Zuckerversorgung bis zur neuen Ernte des Jahres 1919.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker wird durch die allgemeine Wirtschaftslage nicht unerheblich beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigung findet in der Bevölkerung mit Rücksicht auf vielfach vorhandene falsche Vorstellungen über die Verhältnisse der Zuckererzeugung wenig Verständnis. Der Umstand, daß vor dem Kriege größere Mengen Zucker aus Deutschland ausgeführt wurden, wird immer wieder ins Feld geführt, um die zeitweilige Zuckerknappheit als Ergebnis mangelhafter Organisation der Kriegswirtschaft darzustellen. Die Erzeugung von Zucker ist jedoch, wie bekannt, in den Kriegsjahren außerordentlich zurückgegangen.

So wurden an Rüben verarbeitet: 1913-14 16 939 979 Tonnen, 1914-15 15 964 517 Tonnen, 1916-17 9 570 777 Tonnen, 1917-18 9 242 519 Tonnen, 1918-19 8 423 000 Tonnen.

Der daraus gewonnene Rohzucker betrug: 1913-14 2 617 937 Tonnen, 1914-15 2 510 102 Tonnen, 1916-17 1 557 930 Tonnen, 1917-18 1 547 936 Tonnen, 1918-19 1 250 000 Tonnen.

Die für 1918-19 angegebenen Zahlen beruhen nur auf Schätzungen, da genaue Unterlagen zurzeit noch nicht vorliegen. In diesen Ziffern sind die in der Provinz Posen zur Verarbeitung gelangten Zuckerrüben und erzeugten Rohzuckermengen nicht mit einbezogen; die Zuckererzeugung der Provinz Posen beträgt etwa 10 Prozent der gesamten Zuckererzeugung des Deutschen Reiches; auf sie kann für die

deutsche Wirtschaft nur zu einem verschwindenden Teile jetzt noch gerechnet werden.

Der Rückgang in der Rübenverarbeitung und der Rohzuckerherstellung ist durch die Schwierigkeiten verursacht, die sich nach dem Abbruch des Waffenstillstandes und nach der Umwälzung besonders im Verkehrswege, auf dem Gebiet der Kohlenförderung und auf dem Arbeitsmarkt ergaben. Die Rübenerte des letzten Jahres konnte vielfach nicht ganz eingebracht und den Zuckerfabriken zugeführt und die herangebrachten Rüben konnten in großem Umfang nicht auf Zucker verarbeitet werden. Der Ausfall ist erheblich und begründet die heutigen Schwierigkeiten.

Die durch das Kriegsgeschehen und vielfach sehr überhöhten Erparungen an Zucker können eine Verbesserung der Lage nicht herbeiführen. Die für die Munitionsherstellung verwendete Zuckermenge betrug im letzten Jahre nur 65 000 Tonnen und fällt für die Gesamtverteilung wenig ins Gewicht. Für Heer und Marine wurden bisher, einschließlich des für Marmelade-, Konfekt- und Süßwarenherstellung benötigten Zuckers, insgesamt 223 000 Tonnen verbraucht. Auch hieraus kann eine Verbesserung der Zuckerversorgung nicht ermöglicht werden, da nennenswerte Mengen nicht erspart werden können; den Kommunalverbänden müssen die Mengen Zucker, die für die aus dem Seeresdienst entlassenen Mannschaften bestimmt sind, zur Verfügung gestellt werden.

Die Lage der Zuckerversorgung ist aus all diesen Gründen eine äußerst gespannte. Es besteht die begründete Befürchtung, daß die Ration des Verbrauchszuckers für die Bevölkerung nicht herabgesetzt zu werden braucht. In Ausnahmefällen wird es, weil die Raffinerien infolge des Kohlenstreiks kein Brennmaterial erhalten und ihnen andere Schwierigkeiten erwachsen, notwendig werden, für den Verbrauchszucker zur Ergänzung der fälligen Ration Rohzucker zur Verteilung zu bringen. Für die Herstellung von Marmelade bzw. zur Verarbeitung der vorhandenen Rohstoffe sowie für die Herstellung von Konfekt ist nicht genügend Zucker vorhanden, um die Verteilung von Brotaufstrich im bisherigen Umfang bis zum Ende des Wirtschaftsjahres festzusetzen. Die Zuweisung von besonderen Mengen Einmachezucker wie in den Vorjahren kann nicht in Aussicht gestellt werden, die Hausfrauen werden sich zweckmäßig auf das zuckerlose Einkochen vorbereiten oder versuchen müssen sich aus den monatlichen Zuteilungen Zucker zu ersparen.

Bermischte Nachrichten.

* **Sumorintrüber Zeit.** Aus Mainz wird folgender Scherz berichtet: Gelegentlich der Schnelster einer höheren Mädchenschule wird auch das — ausschließlich aus Damen bestehende — Lehrerkollegium im Rektorzimmer fotografiert. Als die Bilder fertig sind, ergibt sich, zum Schrecken der Vorsteherin und zum Jubel aller Schülerinnen, daß über den Köpfen der Damen eine an der Wand befindliche Tabelle mit auf das Bild gekommen ist, auf welcher in großen Buchstaben zu lesen ist: „Unsere Gispflanzen.“

— **„Seine Majestät Troski.“** „Einer unserer Freunde, so berichtet die Pariser Zeitung L'Esclair, ist jetzt aus Moskau zurückgekommen und erzählt: „Ich habe zweimal Herrn Troski in Moskau ausfahren sehen. Das Spielte sich folgendermaßen ab: Zuerst erschien ein gepanzertes Auto, das ein furchtbares Getöse mit seiner Hupe vollführte. Sodann erschien ein zweites Auto, mit einem Maschinengewehr, das ununterbrochen schuß, um den Weg freizumachen. Darauf ein drittes Auto, in dem Troski sich befand, und endlich ein viertes Auto, das wieder mit einem Maschinengewehr versehen war.“ Der Esclair fügt hinzu: „Die Wissenschaft hat offenbar das Geleit der Tyrannen heutzutage verändert. Es verbreitet mehr Unheil und ist weniger schön anzusehen.“

seiner Mutter das Haar vor Sorgen bleicht. War's nicht so gewesen? ...

Heinz barren ging es wie ein weher Stich durch die Seele. Ja, darin lag etwas Wahres. Sie hatten's nicht leicht daheim ohne ihn und für ihn. Die langen Jahre seines Fernseins hatten eine doppelte Anspannung ihrer Kräfte gefordert. Seine Arme hatten gefehlt. Und war nicht mancher Taler aus dem Heidehause zu ihm gewandert? Denn seine Einnahmen bisher? Aber nun würde es besser werden. Nun konnte er schiden und die Schuld abzahlen. Hundertfach. Sie sollten es gut haben. Das Pladen sollten sie einstellen. Später, wenn er erst irgendwo einen festen Wohnsitz hatte, mußten sie zu ihm kommen. Sabine natürlich auch. Sabine zuallererst ...

Ein glückliches Bogen kam in seine Seele beim Gedanken an Sabine. Etwas, das einer flärenden Lichtwelle gleich, flutete über bisher dunkles, geheimnisverhangenes Land und ließ ihn in verborgener Herzensstammer aufjauchzen, daß Sabine nicht seine Schwester war ... Wie lange war er doch blind gewesen!

Er hatte es ganz vergessen, wo er weilte. Ein klappernder Schritt von holzschuhbedeckten Füßen auf der Diele ließ ihn aufhorchen. Die Bäuerin.

Sie schlug die Hände ineinander. „Gott, die Jungen, der Heinz! Das Paradiese Junge! Und die Ede nicht daheim! Nein doch, wie wird der's weh tun! ...“ Sie betrachtete ihn wohlgefällig. „Und so ein staatsches Jungechen ist aus dir geworden. So ein schmarantes. Gar einen Bart hast schon. Und solchen derben, tüchtigen. Und zu der Ede willst doch wohl?“

Heinz lächelte. Die lange freundliche Begrüßungsrede tat ihm nach Peter Riefens zornigem Erguß doppelt wohl. „Nun freilich zu der Ede, Mutter Riefen. Leider ist sie über Land.“

„Nach Braderörde zur Schneidmamsell. Es ist doch manches zu nähen. Und es schadet nicht, wenn man vieles lernt.“

Sie nahm umständlich Platz und nötigte auch Heinz dazu. „Gott, die Ede! Mit der wird man auch nicht froh. Sie mühte längst junge Bäuerin sein. Aber sie macht keinen Ernst. Neulich erst hat jeder einer um sie gefragt. Dem Schulzen aus Lüttorp sein Jmeiter, der im Herbst von den Wandsbeker Husaren losgekommen ist. Der wäre uns genehm gewesen. Der hat ein schönes Stück Geld

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!! **Personalia.** Die Verlegung des Lehrers a. 2. All in Staffel nach Roth bei Singhofen ist rückgängig gemacht worden. Er erhält eine andere Lehrstelle.

!! **Baldauheim, 15. März.** Zum Baurat ernannt wurde Architekt Alfred Altpösch in Wiesbaden. Er ist von der gebürtig, war früher in Ostafrika viele Jahre als Baubeamtungsbeamter und während des Krieges als Abteilungsleiter bei einem Kriegsamte tätig.

!! **Limburg, 17. März.** Am Samstag nachmittag wurde der zehn Jahre alte Sohn Karl des Lokomotivführers Riet von hier von einem Automobil überfahren. Der verunglückte Junge wurde schwer verletzt und starb am Sonntag morgen im hiesigen St. Vincenzhospital, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

!! **Marburg, 15. März.** Begründung einer Politischen Akademie in Marburg. In Marburg hat sich eine freie Vereinigung von Akademikern, Mit-Akademikern und politisch interessierten Männern und Frauen im öffentlichen Lebens zum Zweck der politischen Schulung der „Politischen Akademie“ gegründet. An die Dozentenchaft der Universität ist man zwecks Gewährung eines Seminars angegangen. Mit der praktischen Arbeit soll im Sommersemester begonnen werden. In den Vorträgen heißt es: „Schon auf der Universität muß der Typus des unpolitischen Studenten gehoben. Krieg und Politik haben erschreckend gezeigt, wie mangelnd die mangelnde politische Bildung der Akademiker für das ganze Volk gewesen ist. Als Mittel zur politischen Bildung werden bezeichnet: Abhaltung von Vorlesungen, Übungen geeigneter Universitätslehrer über die wissenschaftliche Grundlage der Politik, authentische Gemeinschaftsbeziehungen zur Politik und aktive Mitarbeit in den Parteien.“

!! **Marburg, 18. März.** Um einer Ueberfüllung der Verzeihung des vorzubeugen, hat der Leipziger Verein verboden einen Anruf an diejenigen Hochschullehrer erlassen, die für die Medizinstudierenden vor dem Physikum in Betracht kommen, worin die Bitte ausgesprochen wird, die jungen Semester über die Ausichten im ärztlichen Beruf aufzuklären und sie zur Ergreifung eines anderen Berufes, z. B. der Zahnheilkunde, zu beeinflussen.

!! **Frankfurt, 19. März.** Verbandstag der Hotelbesitzer. Am 26. und 27. März tagt in Frankfurt der Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands. Die Tagesordnung umfaßt drei Hauptpunkte: 1. Beratung der Anträge, 2. Arbeitszeit und Ruhepausen, 3. Kündigungsschutz.

!! **Frankfurt, 19. März.** Mädchenhändler bei der Arbeit? Ein mißlicher Vorgang, der die öffentliche Aufmerksamkeit der Polizei wie des Publikums beanspruchte, ereignete sich am Montagabend kurz nach 10 Uhr in der Straßenseite der Promenade, der vom Eichenheimer Tor zum Peterstor führt. Ein junges Mädchen, das sich von der Hauptwache aus durch die Schillerstraße nach seiner in der Richardstraße belegenen elterlichen Wohnung begeben wollte, wurde am Eichenheimer Tor von einer Frau angefangen der vier Jahre angesprochen und nach dem Heidentumal gefragt. Das Mädchen gab Bescheid und wollte seinen Weg fortsetzen, doch die Fremde frug weiter nach dem Weg und bat das Mädchen schließlich, mit ihr zu gehen und ihr den Weg zu zeigen, dafür wollte die Frau dem Mädchen ein Droschke zur Heimfahrt bezahlen. Als sie in dem einjüngsten Teil der Eichenheimer Anlage, kurz vor dem Peterstor waren, sprang aus einem dort haltenden Auto ein Mann heraus, ergriff das Mädchen ein Tuch mit einer scharf riechenden Flüssigkeit unter die Nase zu halten, während gleichzeitig die Frau das Mädchen festhielt und nach dem Auto sprang. Die Ueberfallene wehrte sich aus Verbestrafen, wurde von beiden Personen aber trotzdem hochgehoben, um in das Auto geschafft zu werden; infolge ihrer verzweifeltsten Gegenwehr gelang es dem Mädchen sich freizumachen und um Hilfe zu rufen, worauf die beiden Personen in das Auto sprangen, um eiligst davonzufahren. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Attentat von Mädchenhändlern.

!! **Frankfurt a. M., 18. März.** Auf an der hiesigen Hochschule hat sich unter dem Namen Sozialistische Arbeitergemeinschaft Frankfurter Studenten eine sozialistische

Der Geiger vom Birkenhof.

Ein Heideroman von Fritz Ganser.

22

Rachdruck verboten.

Heinz trat zu ihm. Eine heiße Rote brannte auf seiner Stirn. „Ihr seid sehr offen und ehrlich gewesen, Vater Riefen,“ sagte er ohne Bitterkeit. „Ich glaube, daß Ihr es gut meint. Aber heim kann ich nicht mehr. Ich hänge an der Heide. Ich habe Sehnsucht nach ihr, wenn ich fern von ihr bin. Aber das Stärkste in mir gehört der Kunst. Das ist meine Scholle, die mich fesselt und auf der ich adern muß.“

„So adere, du Tor. Adere. Das will sagen: fahre durchs Land in Unrast und Fruchtlosigkeit.“ Er hatte schon die Tür in der Hand. „Willst du noch auf die Ede warten? So warte. Ich gehe an mein Geschäft. Ich bin kein Tagedieb.“

Das verlegende Wort — Heinz wußte, daß es ihm galt — ließ ihn empört einen Schritt vortreten. „Halt, darüber laßt uns noch reden!“

„Worüber?“ fragte der Bauer gelassen über die Schulter zurück. „Ich habe jetzt keine Zeit mehr. Mein Feld wartet. Bieleicht später einmal.“ Mit harten, gewichtigen Schritten ging er über die Diele und verließ das Haus.

Heinz starrte ihm nach. Die Möglichkeit, ein derartiges Erlebnis auf dem Berghof zu haben, hatte ihm zu bedenken völlig ferngelegen. Er stand wie im Gefühl einer Betäubung inmitten des leeren Zimmers und glaubte, von allen Gegenständen mit einem höhnischen Lächeln betrachtet zu werden. Die alte Wanduhr grinsten ihn an, der dickbauchige, schwarzglasierte Kachelofen, der geblümte Rattunvorhang des Himmelbetts. Und die Zinnleier, die blinkenden, auf dem Wandbilde standen hinter den schadenfrohen Genossen in der Runde nicht zurück. „Du Tagedieb, du Tagedieb!“ klang es ihm aus allen Winkeln entgegen.

Da lächelte Heinz Barren stolz und warf den Kopf herrisch in den Nacken. Was wollte man! Was verstand Peter Riefen von seiner Kunst! Und was ging es ihn an, daß er nicht ein Heidebauer geworden? Nur über eins kam er nicht mit seinem stolzen Lächeln hinweg. Wie hatte der Berghofbauer doch gelacht? Du machst, daß deinem Vater der Rücken vor der Zeit krumm wird und

und ist tüchtig. Dazu ein ansehnlicher Wenzel. Inoes an Ede hat nein gesagt. Worauf die noch wartet bei ihm! Alter! Sechszwanzig ist doch kein Kinderpiel. ... Wir werden auch nicht jünger.“ Sie seufzte und sah ihn an, überlegend an. „Wenn du ihr nun mal was angestellst wegen des Heiratsens, Jungen. Sie hat immer große Stücke auf dich gehalten und nach dir gefragt. Berade vom dem Lüttorper Schulzen seinem Zweiten müßte du ihr mal sagen.“

Heinz wiegte lachend den Kopf. „Das ist solche Sache, Mutter Riefen, mit dem Heiratsen. Wenn's ans Heiraten geht, muß jeder selbst wissen, was er tut. Und die Däster können, wenn sie angeschickt sind, mehr schaden als augen. Schließlich könnte ich aber ja der Ede ein bißchen gut zureden.“

Die Bäuerin erhob sich in glücklicher Hast. „Ja, mach's, Junge. Schaffst du's, so sollst du und kein anderer ein Hochzeitstanz aufspielen. ... Es ist doch wohl eine schöne Sache mit dem Musikanten? So immer zu den Leuten herumkommen und Musik machen. Es kostet freilich die Nacht. Aber es wird doch auch gut bezahlt.“

Und Mutter Riefen schaute noch gar manches von ihren Rüben erzählte, von dem Buttern und Käsen, von den Hühnern und Enten und Gänsen. Von dem Läger mit dem neuen Knecht, der aus dem Südhammungen sei, wo sie schon von jeher ihren Kopf für sich gebildet hätten. Es wäre oft eine arge Schinderei mit der Musik, und er, Heinz, hätte ganz klug getan, ein „Handwerk“ zu lernen. Noch dazu solch schönes.

Da unterbrach Heinz. Der Bauer dachte anders darüber.

„Ach, der ist ein Polterer,“ der fährt jeden hart an. Er kann's immer noch nicht verwinden, daß die Ede ein Junge ist.“ Wofür doch keiner könnte. Und ob sie den Heinz ein Fräulein machen solle und einen Krug Hauswirtschaft? Musikanten seien doch stets Leute mit einer dursichtigen Kehle.

Der Verdächtige dankte lachend. Er mache eine Annahme, und das Weiter sei ja nicht dursichtig.

„Wenn schon. Die Ede wird böse sein, wenn ich sie habe so trocken sitzen lassen, Jungen. Da will ich schon lieber.“

„Nein, nein, Mutter Riefen. Es ist gut gemeint, aber ich danke wirklich.“ Und eben die Ede. Wann sie belacht? (Fortsetzung folgt.)

